

Verkauf oder Nachnutzung?

Fridtjof-Nansen-Haus ist Thema im Bauausschuss und Rat der Stadt Göttingen

Von Michael Brakemeier



Merkelstraße 4: Die Stadt will die Ostviertel-Villa verkaufen. Foto: PH

Göttingen. Das Fridtjof-Nansen-Haus beschäftigt weiterhin die Ratspolitik. Am Donnerstag soll nach Tageblatt-Informationen im Bauausschuss der Zuschlag für ein Kaufangebot beschlossen werden. Die Linken im Rat schlagen unterdessen vor, in der Ostviertel-Villa das Stadtarchiv unterzubringen.

6,2 Millionen Euro wollte die Stadt als Eigentümerin der denkmalgeschützten Ostviertel-Villa nebst angegliedertem Wohnheim bei einem Verkauf haben. Kaufgebote für die Summe bislang? Fehlanzeige.

Nach Tageblatt-Informationen soll nun am Donnerstag im nicht-öffentlichen Teil der Bauausschusssitzung einem Verkaufsangebot der Zuschlag erteilt werden, der fast 1,5 Mio unter dem bis April geforderten Mindestgebot liegt. Bei der Besetzung des angegliederten Wohnheims Anfang Mai hatte Verwaltungssprecher Dominik Kimyon noch einmal betont: „Einnahmen aus dem Verkauf fließen übrigens dem städtischen Haushalt zu, aus dem beispielsweise Mittel für den Wohnungsbau bereitgestellt werden können.“

Unterdessen haben sich der Tischlermeister Jupp Wessling und der Architekt Bernhard Kilper in einem offenen Brief an Rat, Verwaltung und Medien gegen einen Verkauf des Gebäudes ausgesprochen. Beide sind nach eigenen Angaben seit Jahrzehnten im Bau- und Planungsgeschehen mit dem Schwerpunkt Altbausanierung tätig. Kilpers Arbeitsschwerpunkt liegt danach in der Sanierung von Bestandsgebäuden und Denkmälern.

Nach ihren Berechnungen ließe sich das bisher größtenteils als Studentenwohnheim genutzte Nebengebäude mit einer Gesamtnutzfläche von rund 1550 Quadratmetern „mit überschaubaren Investitionskosten“ von etwa 1,7 Millionen Euro zu günstigen Mietwohnungen und Unterkünften für Studenten, Schüler, Auszubildende und Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen umbauen. Haustechnik, Heizung und Abwassersysteme müssten saniert werden, eine energetische Sanierung sei in Teilbereichen notwendig. „Diese Maßnahmen lassen sich im Low Budget für zirka 1000 Euro pro Quadratmeter realisieren.“ Mit der einen Million Euro als fiktivem Kaufpreis für diesen Teil würden das Kosten von 2,7 Millionen Euro bedeuten. „Bei Zinsen und Tilgung von jährlich vier Prozent kommen wir in unserer Berechnung auf einen Mietpreis von cirka sechs Euro pro Quadratmeter und Monat. Günstigeren Wohnraum kann man zurzeit kaum schaffen“, heißt es in dem Brief.

Auch die Linken im Rat der Stadt sprechen sich dafür aus, den Anbau als Wohnraum zu nutzen. Für die Ratssitzung am Freitag, 15. Juni, wollen sie einen entsprechenden Antrag einbringen. Darin heißt es weiter: „Die Verwaltung wird beauftragt, die planerischen Voraussetzungen für die Unterbringung des Stadtarchivs in die ehemaligen Levinsche Villa des heutigen Fridtjof-Nansen-Hauses zu schaffen.“ Die Stadtverwaltung plant, das Archiv aus dem Neuen Rathaus auszugliedern und in einer angemieteten Halle an der Hannoverschen Straße unterzubringen.